XIX. GP.-NR
Nr. 170 /A (E)
Präs. 09. Feb. 1995

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

betreffend ein RÜSTUNGSSPARPAKET

Der Nationalrat wolle beschließen:
der Bundesminister für Landesverteidigung wird ersucht, bis 31.3.1995, einen Spar-Maßnahmenkatalog bezüglich der Ausgaben im Bereich Beschaffungswesen des Bundesministerium für Landesverteidigung in der Höhe von 5 Milliarden Schilling vorzulegen.

Begründung

Angesichts der allgemein angespannten Budgetsituation und der Debatten um die Materialbeschaffungen des österreichischen Bundesheeres sollte im Bereich Rüstungsbeschaffung für das Jahr 1995 eine grundlegende Änderung durchgeführt werden.

Dieser Planungsänderung liegen folgende Kriterien zu Grunde:

1) Budgetkonsolidierung;
2) Soziale Verträglichkeit;
3) defensiv und neutral.

Folgenden Anschaffungen sind daher, im laufenden Jahr nicht zu tätigen:

* :Kurzwellen-Funkgeräte (100 Mio öS)
* Integriertes Fernmeldesystem (60 Mio öS)
* Gefechtsfeldradargeräte und Sensoren (540 Mio öS)
* "Goldhaube" (700 Mio öS)
* Fliegerabwehrlenkwaffen "Mistral" (1.100 Mio öS)
* Zielzuweisungsradar (700 Mio öS9
* Panzerhaubitze M 109 A5 (1.000Mio öS)

Gesamt 4200 Mio öS

Des weiteren können daraus folgend im Bereich Betriebsaufwand, Personalwesen und Verwaltung im kommenden Jahr 800 Millionen Schilling eingespart werden.
Insgesamt ist damit das Einsparungsvolumen für das kommende Verteidigungsbudget 5 Mrd. Schilling.

Die Budgetkonsolidierung wurde zum wichtigsten Ziel der Erstellung des Haushaltes 95 erhoben. Bisher hat es Einschnitte bei Sozialausgaben gegeben, die oft die ärmsten Menschen des Landes treffen werden. Die Ausgaben für Landesverteidigung und Rüstung wurden bisher keiner genauen Prüfung unterzogen.

Es ist volkswirtschaftlich und finanzpolitisch nicht zweckmäßig, Staatsausgaben für Soziales zu kürzen, gleichzeitig im militärischen Sicherheitsbereich trotz internationaler Tendenz zu Abrüstung und Senkung im Bereich Militärausgaben, eine nationale Aufrüstungslinie halten zu wollen. Für die nächsten 10 Jahre sieht der geheime Beschaffungsplan Investitionen in der Höhe von 100 Milliarden Schilling (vgl. auch Trend 2/95) vor.

Es ist sicherheitspolitisch nicht notwendig, weitere Rüstungsmaßnahmen zu setzen. Seit 1989 hat sich die Bedrohungslage völlig verändert. Einen großen militärischen Angriff auf Österreich nimmt niemand an. In den vergangenen 5 Jahren haben fast alle Nachbarländer real ihre Militärausgaben gekürzt (Friedensdividende!). Österreich hat bereits in den vergangenen 5 Jahren diesen Prozeß nicht mitvollzogen. 25 Milliarden wurden für Rüstungsneubeschaffungen ausgegeben. Angesichts dieser Situation müssen die vorhandenen Ausrüstungsgegenstände mehr als ausreichend sein.

Da die Rüstungsbeschaffungspolitik von rein defensiven Maßnahmen abgegangen ist und Vorbereitungen für internationale Einsätze vornimmt wird damit auch die Neutralität in Frage gestellt. Statt dieser Politik der vollendeten Tatsachen, Bedarf es einer demokratisch geführten Grundsatzdiskussion um die sicherheitspolitische Orientierung Österreichs.

Im kommenden Jahr möge sich das Bundesministerium für Landesverteidigung endlich auf die Verwaltungsreform und den Abbau von überflüssigen Dienstposten konzentrieren. Es ist nicht einzusehen, daß das österreichische Bundesheer einen Beamtenapparat von einem Umfang der deutschen Bundeswehr hat. Soziale Härten sind in diesem Zusammenhang, selbverständlich zu vermeiden (natürlicher Abgang, Dienststellenwechsel...). Bisher fehlt aber immer noch jede konzeptive Planung für eine umfassende Dienstposteneinsparung.

In formeller Hinsicht wird unter Verzicht auf eine 1. Lesung die Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß vorgeschlagen.